

„Den Preis zahlen“

Susan Rice, 44, ist Chef-Außenpolitikberaterin von Barack Obama.

SPIEGEL: Es ist ungewöhnlich für einen designierten US-Präsidentschaftskandidaten, mitten im Wahlkampf nach Europa zu reisen. Warum kommt Barack Obama trotzdem?

Rice: Weil Senator Obama glaubt, dass die Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA viel enger und effektiver als in den vergangenen Jahren werden muss. Die neuen globalen Herausforderungen kann keiner von uns allein meistern – Terrorismus, Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Klimawandel, Seuchen, Energiesicherheit. Wir wollen mit den Europäern und Deutschen besprechen, wie wir diese Herausforderungen gemeinsam angehen können.

SPIEGEL: Kritiker behaupten, die Reise sei ein schlichter PR-Trick, um Obamas außenpolitische Reputation zu verbessern. Bisher war er ja fast nie in Europa.

Rice: Obama ist schon oft nach Europa, Afrika, Nahost und Südostasien gereist, er hat als Kind in Asien gelebt. Er muss sich von niemandem die Welt erklären lassen. Die Reise wird für ihn eine weitere Gelegenheit zum Gedankenaustausch mit den Führern von Staaten sein, die besonders wichtig für die nationale Sicherheit der USA sind.

SPIEGEL: Die Europäer werden Obama einen rauschenden Empfang bereiten. Kann ihm zu viel Euro-Enthusiasmus im amerikanischen Wahlkampf schaden?

Rice: Amerikaner verstehen, dass wir sicherer sind, wenn die USA Vertrauen und Respekt in der Welt genießen. Amerikaner sehnen sich nach Wandel daheim und in unseren internationalen Beziehungen. Es ist kaum von Nachteil, wenn Amerikaner sehen, dass ihr Präsident nicht nur daheim Wandel verkörpert – sondern auch im Rest der Welt.

SPIEGEL: Doch Obama wird mit den Europäern wohl Klartext reden – also mehr Kooperation in Aussicht stellen, aber auch einen stärkeren weltpolitischen Beitrag von ihnen fordern.

Rice: Um mit den globalen Herausforderungen von heute klarzukommen,



CHARLES DHARAPAK / AP

brauchen wir Anstrengungen auf beiden Seiten des Atlantiks. Wir dürfen uns nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen. Jede Seite muss in einer echten Partnerschaft ihre jeweilige Verantwortung ernst nehmen – ob es um den Klimaschutz geht, den Stopp von Irans Nuklearprogramm oder die Verteidigung Afghanistans gegen al-Qaida und die Taliban.

SPIEGEL: Wie würde sich das transatlantische Verhältnis unter einem Präsidenten Obama verändern?

Rice: Obama will Europa nicht in „alt“ oder „neu“ spalten. Er hält es für kontraproduktiv, Russland aus der G8 schmeißen zu wollen – wie es John McCain vorschlägt. Obama weiß, dass die Welt sich nicht einfach in Gut gegen Böse aufteilen lässt. Und ihm ist klar, dass wir die globalen Herausforderungen nur effektiv lösen können, wenn wir im 21. Jahrhundert Bündnisse haben, die funktionieren.

SPIEGEL: Sie sagen, die Europäer müssten so viel leisten, wie sie können. Was würde das für ihren Beitrag in Afghanistan bedeuten? Sollen sie mehr Truppen schicken?

Rice: Obama glaubt, dass die Lage in Pakistan und Afghanistan für Europa und die USA derzeit die größte Gefahr darstellt. Al-Qaida formiert sich dort neu und sichert sich neue Rückzugsorte, die Taliban werden wieder stärker. Diese Gefahr ist an Europa näher dran als an uns, wir müssen das alle ernst nehmen. Die USA müssen mehr Ressourcen und Truppen schicken – aber die Nato sollte das auch tun. Und deren Truppen sollten nicht durch Beschränkungen darin gehemmt werden, wo und wie sie eingesetzt werden dürfen.

SPIEGEL: Aber würden solche Forderungen nicht zu einer Entzauberung Obamas in Europa führen?

Rice: Weder Deutsche noch Amerikaner dürfen glauben, weiter halbherzige Maßnahmen in Afghanistan und Pakistan ergreifen zu können – ohne dafür den Preis zahlen zu müssen.

INTERVIEW: GREGOR PETER SCHMITZ



Wohnungsbau mit US-Geldern (1950 in Berlin),

Bush, lehnt er ab. Wir können uns nicht aus dem Dilemma herausbohren, sagt er.

Vor Dramatisierungen schreckt Obama nicht zurück, wenn es gilt, für den Rückzug aus den fossilen Brennstoffen zu werben. „Der Preis des Öls ist heute die gefährliche Waffe, die Amerika bedroht“, sagte er im Woodrow-Wilson-Center und versprach ein 150-Milliarden-Dollar-Programm zur Schaffung regenerativer Energien. Sein Vorbild hier: die Energiepolitik aus dem Deutschland der rot-grünen Koalition.

„Deutschland, ein Land so wolkenverhangen wie der pazifische Nordwesten unseres Landes, ist nun der Weltführer in Sachen Solarenergie“, sagte er bei einer Rede Ende Juni in Las Vegas. Amerika müsse dem nacheifern und es übertreffen, so seine Botschaft. Er will die US-Volkswirtschaft ergrünen lassen. Sein New Deal soll ein Green Deal sein, zumal er sich von einem solchen Programm neue Jobs verspricht, er nennt die Zahl fünf Millionen.

Peter Goldmark von der Umweltinitiative Environmental Defense ist nicht nur optimistisch, er ist euphorisch und glaubt, dass der Durchbruch bevorsteht: „Unter jedem der beiden Präsidenten wird sich die US-Klimapolitik radikal ändern“, sagt er. Zwar beherrscht das Thema nicht den